



Das gute Leben für alle statt fette Gewinne für wenige

2 × auf die Liste 1, SP Frauen
www.alicekropf.ch

Kantonale Wahlen vom 25. März 2018
www.wahlen.spbe.ch





2× auf die Liste 1 SP Frauen

Politische Ämter

- Thuner SP-Stadträtin seit 2013
- Präsidentin 1.Mai-Komitee Thun
- Co-Präsidentin Pro Nachtleben Thun
- Mitglied Kommission für Gesundheit und Sucht Stadt Thun
- Mitglied stadträtlicher AKuT-Beirat
- Mitglied Einbürgerungskommission Thun bis 2017
- Vize-Präsidentin SP Thun bis 2015

Meine Interessenbindungen/ Mitgliedschaften

- Gewerkschaft Unia
- Solidar Suisse/SAH
- Amnesty International
- Public Eye
- Schweiz. Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht
- Pro Natura
- Greenpeace
- Block Süd, Thun
- Café/Bar Mokka, Thun
- Verein für angewandte Kultur (VAK), Thun
- Verein Freund*innen des Freiraums, Thun

Persönlich

Aufmerksam verfolge ich das Weltgeschehen und führe gerne lebhaftige Diskussionen bei einem Feierabendbier. Daneben pflege ich Freundschaften – zum Beispiel beim Jassen oder Fussball schauen – und genieße Kultur, Konzerte und das Nachtleben.

Zukunft statt Abbau!

Ich setze mich ein für Investitionen in die soziale Sicherheit, in eine gute Pflege für Senior*innen und Kranke, in die Bildung, in die Kultur und für einen ökologischen Kanton Bern. Ich wehre mich gegen den zerstörerischen bürgerlichen Sparwahn und gegen Steuervorteile für Reiche und Grossunternehmen.

Lebendige Innenstädte – für urbane Zonen!

Zentren sind das Herzstück städtischen Lebens und sollen daher pulsieren, auch nachts. Deshalb braucht es urbane Zonen, in denen das Nachtleben (Bars, Clubs, Konzertlokale) Vorrang gegenüber dem Ruhebedürfnis der Anwohner*innen hat.

Für Freiheit und Demokratie!

Grundrechte sind die Basis der Demokratie und schützen uns vor Willkür. Sie müssen für alle gelten, ausdrücklich auch für stigmatisierte Individuen und Gruppen wie geflüchtete Menschen, Strafgefangene, Fussballfans, Roma, Jenische und Sinti.

Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht an Private delegiert werden. Polizeieinsätze bedürfen jedoch einer besseren demokratischen Kontrolle und müssen von einer unabhängigen Stelle überprüft werden. Die Entwicklung hin zu einem Polizeistaat muss dringend gestoppt werden.

www.alicekropf.ch